



Positionspapier der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz

Koblenz/Ludwigshafen/Mainz/Trier

Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit sichern – zehn Standpunkte der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz

1. Wie es ist

Der Klimawandel bezeichnet die wissenschaftlich hinreichend belegte und empirisch nachweisbare, rasante Veränderung des Weltklimas (Erderwärmung).

Die Ursachen für diesen Wandel, insbesondere seine Geschwindigkeit, sind größtenteils menschengemacht (Industrialisierung, exponentieller Verbrauch fossiler Energieträger in den letzten 150 Jahren, Treibhausgasemissionen, insbes. CO₂).

2. Drei große Aufgaben

Angesichts der erwartbaren und vielerorts bereits sichtbaren Folgen des Klimawandels stehen Wirtschaft und Gesellschaft vor herausfordernden Aufgaben:

- den globalen Temperaturanstieg einzudämmen,
- die Anpassung an die nicht mehr abzuwendenden Folgen des Klimawandels zu organisieren und zu finanzieren (Pariser Klima-Abkommen),
- die Wettbewerbsfähigkeit der (regionalen) Wirtschaft zu sichern.

3. Wettbewerbsfähigkeit und Technologieführerschaft

Der Ordnungsrahmen des Klimaschutzes wird international (Pariser Abkommen), europäisch (Green Deal) und national (Klimaschutzprogramm 2030) auf unterschiedlichem Ambitionsniveau gesetzt.

Damit ökologische Transformation und ökonomischer Erfolg gleichwohl zusammen gehen, muss die nationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bzw. hergestellt und die Technologieführerschaft angestrebt werden.

4. Klimaschutz

Klimaschutz darf ungeachtet seiner enormen Bedeutung für die Menschheit nicht Gegenstand einer monothematischen Politik sein, die die vielfältigen Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen ausblendet.

Gesamtgesellschaftliche Ziele und Aufgaben wie der soziale Ausgleich, die allgemeine Daseinsvorsorge, der Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Beschäftigung und Wohlstand, gesundes Wachstum, Generationengerechtigkeit sowie die physische und psychische Gesundheit der Menschen müssen in allen klimapolitischen Entscheidungen mitbedacht werden.

5. Verursachung und Verantwortung

Das weltweite Emissionsgeschehen verteilt sich aktuell zu ca. 30 Prozent auf China, zu 13 Prozent auf die USA, zu 9 Prozent auf die EU und zu 2 Prozent auf Deutschland.

Daraus folgt nicht, dass es sinnlos wäre, Emissionen auf nationaler Ebene zu reduzieren. Daraus folgt aber sehr wohl die Notwendigkeit, nationale Anstrengungen in internationale einzubetten und das Ziel, durch gutes Beispiel und Technologieführerschaft über die eigenen Grenzen hinaus zu wirken.

6. Technologieoffenheit und gesellschaftlicher Diskurs

Emissionsminderung kann gleichermaßen technologisch wie auch durch das Verhalten jedes Einzelnen erzielt werden.

Ersteres verlangt die Entwicklung und den wirtschaftlich tragfähigen Einsatz neuer technischer Lösungen, was ggf. der staatlichen Förderung bedarf. Klimapolitische Ziele müssen mit



Positionspapier der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz

Koblenz/Ludwigshafen/Mainz/Trier

den am besten geeigneten technischen Mitteln erreicht werden; diese setzen sich im Innovationswettbewerb durch (Technologieoffenheit).

Letzteres verlangt einen gesellschaftlichen Konsens, der nicht verordnet werden kann, sondern Ergebnis eines offenen Diskurses sein muss.

7. Standortattraktivität erhalten

Die Wirtschaft unserer Region ist in nationale und internationale Märkte eingebunden.

Rheinland-Pfalz hat beim Ausbau erneuerbarer Energien bereits ein sehr hohes Tempo vorgelegt und kommt damit seiner klimapolitischen Verantwortung nach.

Zu ambitionierte nationale Klimaziele dürfen nicht dazu führen, dass unsere Region im internationalen Vergleich ihre Standortattraktivität verliert.

Klimaschutz ist ein globales öffentliches Gut. Standortverlagerungen in Länder mit geringeren Umweltauflagen führten nur zu einer „nationalen Klimaschutzillusion“. Tatsächlich würden solche Verlagerungen „unter dem Strich“ mehr Emissionen verursachen, heimische Arbeitsplätze gefährden und zu erhöhten wirtschaftlichen Abhängigkeiten führen.

8. Markt vor Regulierung

Ressourcenkonflikte lassen sich mit Instrumenten des Marktes und des Wettbewerbes effizient steuern. Beim Klimaschutz leistet dies das Europäische Emissionshandelssystem.

Ein CO₂-Preismechanismus kann am ehesten die externen Effekte der Emission abbilden und ökonomisch effiziente Anpassungsmaßnahmen gewährleisten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu untergraben.

Besonders betroffene Branchen, wie energieintensiv produzierende Industriebetriebe, werden finanzielle Unterstützung bei der Bewältigung der ökologischen Transformation benötigen.

Undifferenzierte Ge- und Verbote sind nur ein letztes Mittel, wenn marktwirtschaftliche Instrumente nachweislich fehlen oder versagen.

9. Planung und Vorhersehbarkeit

Investitionsentscheidungen sind ihrer Natur nach langfristig angelegt. Daraus resultiert das Bedürfnis unserer Wirtschaft nach Planungssicherheit und Vorhersehbarkeit politischen Handelns.

Dieses legitime Bedürfnis verlangt höchstmögliche Konstanz und Verlässlichkeit aller rechtlichen, steuerlichen, administrativen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

10. Ressourcenallokation, Effizienz und Ethik

Die Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen nimmt mit zunehmender Zielerreichung regelmäßig ab (abnehmender Grenznutzen).

Die Klimaeffizienz jedes dafür eingesetzten Euro ist deshalb sowohl unter den betroffenen Sektoren (Stromerzeugung, Industrie, Transport, Gebäude) als auch im internationalen Kontext (Anpassung ärmerer Länder, Emissionsminderung an rückständigen Standorten) ein maßgebliches Kriterium und angesichts allgemeiner Mittelknappheit auch ein ethisches Gebot.